

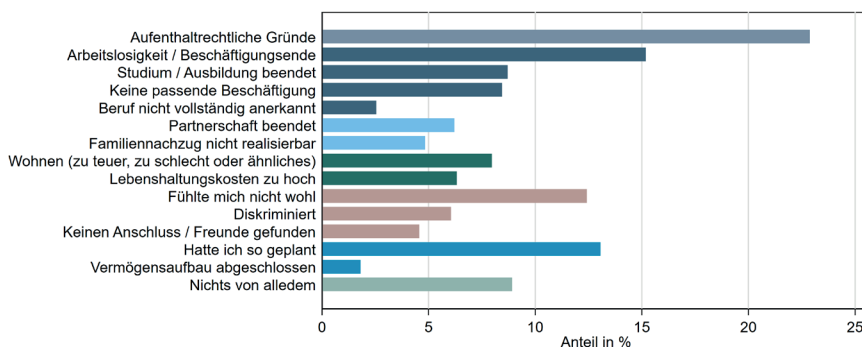
Abgewanderte ausländische Fachkräfte – verpasste Chancen für den deutschen Arbeitsmarkt?

Zwischen den Jahren 2000 und 2020 sind über 18 Millionen Ausländer*innen nach Deutschland zugewandert, zugleich wurden über 13 Millionen Ausreisen von Ausländer*innen verzeichnet (jeweils ohne Fluchtmigration). Eine neue Studie des IAW und des SOKO-Instituts im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit zeigt, welche ausländischen Erwerbstätigen vermehrt abwandern, und analysiert die Gründe hierfür. Dazu wurden ca. 2.000 Abgewanderte aus zehn wichtigen Herkunftsländern der Fachkräftezuwanderung nach der Abwanderung über die sozialen Medien kontaktiert und anschließend mit einem Fragebogen befragt.

Die von den Ausgewanderten genannten Gründe für die Rückmigration sind vielfältig. Ungefähr ein Viertel der Befragten hat Deutschland aus beruflichen Gründen verlassen (Arbeitslosigkeit, keine passende Beschäftigung, fehlende Anerkennung der beruflichen Qualifikation). Ein weiteres Viertel der Abwanderungen erfolgte aus aufenthaltsrechtlichen Gründen. Eine fehlende soziale Integration wird ebenfalls häufig als Grund genannt, während wirtschaftliche oder familiäre Gründe seltener vorkommen. In vielen Fällen resultiert die Ausreise aus einem Bündel an unterschiedlichen strukturellen und individuellen Faktoren.

Fortsetzung Seite 2

Gründe für die Abwanderung



Aus dem Inhalt:

Editorial	1	Einkommensverluste durch Erwerbsunterbrechungen.....	3
Abgewanderte ausländische Fachkräfte – verpasste Chancen für den deutschen Arbeitsmarkt?	1	Neue Publikationen aus dem IAW	3
Forschungsberichte aus dem IAW:		Konjunkturprognose für Baden-Württemberg	
Leichte Zunahme der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung, aber mehr Ausbildungsstellen unbesetzt	2	4. Quartal	4
		Vorträge	4
		Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter www.iaw.edu .	

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Erneut verbringen wir den Jahreswechsel in Krisenstimmung. War es in den vergangenen Jahren die Pandemie, so sind es diesmal die Konsequenzen des russischen Invasionskriegs gegen die Ukraine sowie die Rückkehr der Inflation. Die Verbraucherpreisinflation ist in Deutschland zuletzt auf 10 Prozent (Nov. 2022 gegenüber Nov. 2021) gestiegen. Die EZB hat darauf mit bislang vier Schritten der Leitzinserhöhung reagiert, und es wird 2023 wohl weitere Erhöhungen geben. Niemand wird die Notwendigkeit einer restriktiveren Geldpolitik bestreiten. Aber leider trifft diese Politik auf ein schwächelndes makroökonomisches Umfeld. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2022 erneut etwas gesunken, aber das Wirtschaftswachstum lässt zu wünschen übrig. Die aktuellen Prognoseberechnungen des IAW für Baden-Württemberg zeigen für das vierte Quartal 2022 einen Rückgang des BIP um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Man könnte sich ein besseres Umfeld für eine restriktive Geldpolitik vorstellen, ganz abgesehen von den Konsequenzen der Zinserhöhung für verschuldete Regierungen. Umso wichtiger wird es sein, die wachstumshemmenden Wirkungen der Desinflation durch andere Maßnahmen zu kompensieren. Dazu gehört der Abbau von ineffizienter Regulierung ebenso, wie alles, was den Fachkräftemangel zu lindern vermag. Beides sind Themen, denen sich das IAW seit Jahren widmet. Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Professor Dr. Wilhelm Kohler

Die Dauer des Aufenthalts in Deutschland bis zur Abwanderung ist bei unterschiedlichen Gruppen von Zugewanderten sehr verschieden. Zugewanderte, für die die EU-Freizügigkeitsregeln gelten, bleiben um durchschnittlich 2,4 Jahre kürzer als andere. Beschäftigte im Helfersegment haben von allen Qualifikationsgruppen die kürzeste Aufenthaltsdauer, ihre Aufenthaltsdauer liegt im Mittel um 1,8 Jahre unter der von Hochqualifizierten. Hat die Person in Deutschland einen Bildungsabschluss erworben, so führt dies zu einem um 2,8 Jahre verlängerten Aufenthalt. Nach Abschluss der Ausbildung oder des Studiums folgt aber häufig kein längerfristiger Verbleib in Deutschland. Und schließlich wandern diejenigen, die wegen eines konkreten Stellenangebots

nach Deutschland gekommen sind, schneller wieder ab als andere. Manche Rückwanderungen sind insofern planmäßig und folgen auf von vornherein befristete Auslandseinsätze.

Von den Befragten arbeiten 36% in Helfertätigkeiten, insgesamt 27% waren nach eigenen Angaben überqualifiziert. Kennzeichnend für die Beschäftigungsverhältnisse dieser Gruppe sind vielfach prekäre Arbeitsbedingungen und lange Arbeitszeiten. Dies erschwert eine Integration in Deutschland und ist einer der Faktoren, die eine Abwanderung nach relativ kurzem Aufenthalt verursachen können.

Bei vielen Ausgewanderten besteht nach wie vor der Wunsch, in Deutschland zu

leben. Die Auswertung der Befragung ergab, dass fast zwei Drittel der Befragten nach Deutschland zurückkommen würden. Daher sollte überlegt werden, welche Möglichkeiten es gibt, abgewanderte Fachkräfte wieder für eine Beschäftigung in Deutschland zu gewinnen.

→ IAW/SOKO: [Vorstudie zur Abwanderung von ausländischen Fachkräften](#), Abschlussbericht, November 2022.

Eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse finden Sie auch in der [Ausgabe 6/2022 der Reihe IAW-Impulse](#).

Ansprechperson:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Tel. 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

Leichte Zunahme der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung, aber mehr Ausbildungsstellen unbesetzt

Die Fachkräftegewinnung und -sicherung ist für das Gros der Betriebe weiterhin die primäre Motivation, Ausbildungsplätze anzubieten. Laut einer aktuellen IAW-Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg schwankte der Anteil ausbildender Betriebe in Baden-Württemberg seit 2001 zwischen 33% im Jahr 2008 und 25% im Jahr 2016. Im Jahr 2021 erhöhte sich die Ausbildungsbeteiligung wieder auf 29%, nachdem sie im Vorjahr von 30% auf 27% gesunken war. Die Auszubildendenquote, also der Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, hatte sich nach einem langjährigen Rückgang von 5,7% im Jahr 2008 auf 4,8% im Jahr 2018 und dann bis 2019 (also dem Jahr vor der Pandemie) auf 5,4% deutlich erhöht. Seither ist sie wieder auf 5,0% gesunken.

Das zentrale Problem aus betrieblicher Perspektive bleibt nach wie vor, dass viele angebotene Ausbildungsstellen im Land nicht besetzt werden können. Im Ausbildungsjahr 2020/2021 blieben 28% der angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen unbesetzt; im Jahr davor waren es 23%. Nach einer kurzen Phase der Stabilisierung von 2012 bis 2015 ist ein deut-

licher Rückgang der Besetzungsquote feststellbar. Mit Abstand am stärksten davon betroffen sind Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten: Im Ausbildungsjahr 2020/2021 konnten sie nur noch ein Drittel ihres Stellenangebots besetzen.

Der Anteil der Betriebe, die wegen der Pandemie zum Ausbildungsjahr 2021/2022 weniger oder keine Ausbildungsplätze angeboten haben, lag mit 14% fast drei Mal so hoch wie der Anteil jener, die mehr Ausbildungsplätze angeboten haben als geplant. Dabei lag der Anteil der Betriebe, die wegen der Corona-Pandemie weniger oder gar keine Ausbildungsplätze angeboten haben, bei Kleinbetrieben am höchsten (18%). Gut ein Viertel der Ausbildungsbetriebe gab an, weniger Bewerbungen erhalten zu haben als in der Zeit vor Beginn der Pandemie, nur 8% haben hingegen mehr erhalten.

Ein Drittel der Ausbildungsbetriebe hat Zuschüsse aus dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ erhalten. Jedoch kannten nur weniger als die Hälfte das Bundesprogramm, weitere 15% wussten nicht, ob sie die Voraussetzungen erfüllen. Unabhängig davon haben 9% der Ausbildungsbetriebe andere finanzielle

Leistungen von Bund und Land zur Unterstützung der betrieblichen Berufsausbildung erhalten.

Positiv zu vermerken ist, dass die Zahl erfolgreicher Ausbildungsabschlüsse seit 2018 gestiegen ist; und auch der Anteil erfolgreicher Ausbildungsabschlüsse (in Relation zu den Auszubildenden) hat sich erhöht. Zudem ist eine massive Beeinträchtigung des Ausbildungserfolgs durch die Pandemie nicht erkennbar. Im ersten Pandemiejahr 2020 ging die Anzahl der erfolgreichen Abschlüsse etwas zurück, im Jahr darauf ist sie wieder gestiegen. Die Übernahmequote erfolgreicher Auszubildender hat sich bei 78% stabilisiert; im Vorjahr ging sie noch von 80% auf 77% zurück.

→ Günther Klee/Tobias König: [Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2021 – Eine empirische Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels](#), IAW-Kurzbericht 2/2022

Ansprechperson:
Tobias König
Tel. 07071 9896-22
tobias.koenig@iaw.edu

Einkommensverluste durch Erwerbsunterbrechungen

Das Lebenseinkommen – also die Summe der Arbeitseinkünfte über das ganze Leben hinweg – ist bei Männern erheblich höher als bei Frauen. Dieser Unterschied ist größer als der Unterschied im jährlichen Einkommen sowie im Bruttostundenlohn (der sogenannte Gender Wage Gap) und wird noch größer, wenn Kinder im Haushalt sind. Das Lebenseinkommen von Frauen ist vor allem deshalb geringer, weil sie aufgrund der Betreuung weniger arbeiten, also häufiger in Teilzeit oder eine Zeitlang gar nicht arbeiten, während Männern ihr Einkommen sogar noch steigern, wenn Kinder im Haushalt sind. Die großen Unterschiede im Lebenseinkommen gelten sowohl für Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung als auch bei Hochschulabsolventinnen bzw. -absolventen. Sie werden auch dadurch verstärkt, dass Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung häufiger und früher im Leben Kinder bekommen als Frauen mit abgeschlossenem Hochschulstudium.

Dies sind Ergebnisse einer neuen Studie zu Erwerbsunterbrechungen und Bildungsrenditen, die das IAW im Auftrag des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags durchgeführt hat. Hierzu wurden kombinierte Befragungs- und Sozialversicherungsdaten des Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) erstmalig ausgewertet. Ein besonde-

rer Fokus der Studie liegt auf Erwerbsunterbrechungen durch Arbeitslosigkeit und Elternzeit und ihre Rolle für die Ungleichheit im Lebenseinkommen zwischen den Geschlechtern.

Nach den Ergebnissen schützt eine berufliche Ausbildung, z. B. im dualen Ausbildungssystem, vor Arbeitslosigkeit: Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, insbesondere Männer, sind erheblich häufiger bzw. länger arbeitslos als Personen mit einem Abschluss. Dagegen sind die Unterschiede zwischen Personen mit Berufsausbildung und denen mit Hochschulstudium nur gering. Dies gilt insbesondere für Frauen.

Erwerbsunterbrechungen durch Elternzeit treten im Beobachtungszeitraum fast nur bei Frauen auf. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bildungspfaden. Frauen ohne Abschluss und Frauen mit Berufsausbildung sind deutlich häufiger und deutlich früher in Elternzeit als Frauen mit Meister- oder Technikerabschluss oder Frauen mit Hochschulstudium.

Nimmt man Bildungsphasen und Erwerbsunterbrechungen zusammen, dann sind Personen mit Meister- oder Technikerabschluss besonders lange erwerbstätig, da sie eine geringere Dauer in Arbeitslosigkeit aufweisen und zusätzlich kürzere Bildungsphasen im Vergleich zu Personen mit Hochschulstudium haben. Insgesamt

sind Personen mit Hochschulstudium weniger lange erwerbstätig als Personen mit Berufsausbildung. Das liegt zum einen an den längeren Bildungsphasen und zum anderen daran, dass die Dauer in Arbeitslosigkeit nur wenig kürzer ist als bei Personen mit Berufsabschluss. Diese Aussage wird noch verstärkt, wenn nicht der Bildungsabschluss, sondern die erste Bildungsentscheidung berücksichtigt wird. Der Grund dafür ist, dass Studienabbrecher und -abbrecherinnen häufige und relativ lange Erwerbsunterbrechungen haben. Dagegen gilt für Personen, die vor dem Abschluss eines Studiums eine Berufsausbildung absolviert haben, das Gegenteil.

Die Ergebnisse gelten für die Geburtsjahrgänge 1944 bis 1986, neuere Kohorten können in den kommenden Jahren ausgewertet werden. Es bleibt also abzuwarten, ob sich der große Unterschied im Lebenseinkommen zwischen Männern und Frauen reduzieren lässt, wie von Politik und Gesellschaft gewünscht.

→ Tobias Brändle/Philipp Kugler/Anne Zühlke: [Neue Erkenntnisse zum Lebenseinkommen von Berufsausbildung und Hochschulstudium im Vergleich](#), 2022

Ansprechperson:
Dr. Tobias Brändle
Tel. 07071 9896-16
tobias.braendle@iaw.edu

Neue Publikationen aus dem IAW

Veröffentlichung in referierter Zeitschrift

Martin Kroczek, Philipp Kugler und Anne Zühlke: Erwerbsverläufe und Einkommensentwicklung in der Pflege, ZfWP 2022; 71(3): 246–265, <https://doi.org/10.1515/zfwp-2022-2080>

Veröffentlichung in einer Monografie

Martin Brüssig, Andrea Kirchmann, Johannes Kirsch, Günther Klee, Michel Kusche, Anastasia Maier, Tobias Scheu, Katharina Schilling: Arbeitsförderung für Geflüchtete – Instrumente, Herausforderungen, Erfahrungen, Reihe Migration & Integration, Band 11, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2022, <https://doi.org/10.5771/9783748931829>

IAW-Diskussionspapiere

→ <https://www.iaw.edu/iaw-diskussionspapiere.html>

- Nr. 141 Anne Zühlke, Philipp Kugler, Tim Ruberg: Heterogeneity in Long-Term Returns to Education – An Inconvenient Truth, Oktober 2022
- Nr. 140 Tobias König, Thomas Brenner: Skill shortages and industry clusters – Empirical evidence from German establishment data, September 2022
- Nr. 139 Martin Kroczek, Philipp Kugler: Heterogeneous Effects of Monetary and Non-Monetary Job Characteristics on Job Attractiveness in Nursing, September 2022

Konjunkturprognose: Das Wachstum kommt zum Stillstand

Im vierten Quartal 2022 ist das baden-württembergische Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach dem aktuellen Nowcast des IAW und der Universität Hohenheim preis- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozent zurückgegangen. Für das erste Quartal 2023 wird wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent prognostiziert (siehe Abbildung). Damit verschlechtert sich die vorhergesagte konjunkturelle Lage gegenüber dem vorherigen Nowcast vom September 2022.

Dem Nowcast liegen Werte einer Vielzahl von Indikatoren zugrunde, die überwie-

gend im Oktober und November 2022 gemessen wurden. Einer der Gründe für den Rückgang der Prognose ist, dass die baden-württembergischen Unternehmen ihre Geschäftslage deutlich pessimistischer beurteilt haben als drei Monate zuvor. Dagegen haben sich die in die Zukunft gerichteten Geschäftserwartungen der Unternehmen gegenüber dem Frühherbst 2022 etwas stabilisiert. Für einige Bereiche, darunter vor allem die Bauwirtschaft, gilt dies allerdings nicht. Negativ auf die Prognose wirkt sich auch aus, dass die Erwartungen der Konsumenten trotz der etwas zurückgegangenen Preise für Energie noch einmal pes-

simistischer sind als im Frühherbst. Dies zeigt sich auch im Rückgang der Nachfrage durch Endverbraucher.

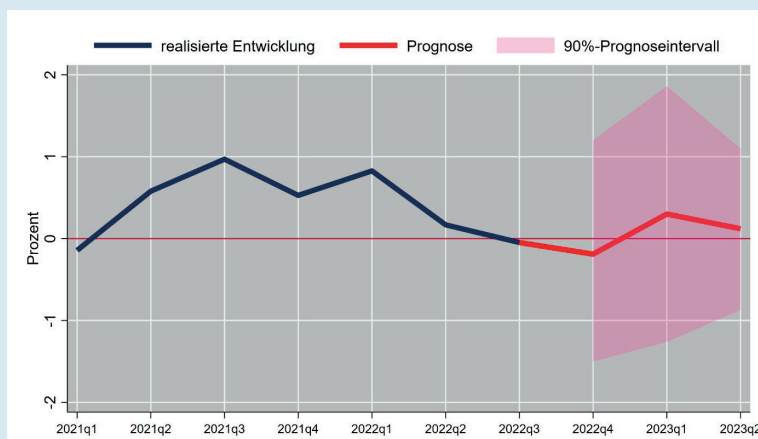
Andere im Nowcast verwendete Indikatoren, wie die Auftragseingänge und die Umsätze in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen, erweisen sich im Vergleich mit dem Nowcast von September 2022 immer noch als recht stabil. Die deutschen Umsätze im Außenhandel sind im Vergleich zum Frühherbst leicht zurückgegangen. Im Jahresvergleich (bezogen auf die ersten zehn Monate 2022) ergibt sich gleichwohl ein deutlicher Zuwachs. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor nicht von der konjunkturellen Schwächephase betroffen.

Die Prognose bewegt sich im Mittelfeld der verfügbaren Prognosen für die Bundesebene. Diese belaufen sich für das vierte Quartal 2022 auf minus 0,6 Prozent bis plus 0,25 Prozent.

→ Weitere Informationen zur aktuellen Konjunkturprognose finden Sie unter <https://www.iaw.edu/internationale-integration-regionale-entwicklung-laufend/konjunktur-bw.html>.

Ansprechperson:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Tel. 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

Veränderungsraten des BIP zum Vorquartal, 2021-2023



© IAW und Universität Hohenheim 2022. Datenquelle: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus; 2022q4 bis 2023q2: IAW und Universität Hohenheim, eigene Berechnungen. Die Daten sind preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

VORTRÄGE

9.11.2022

Tobias Scheu: Elterneinbindung in den Prozess der beruflichen Orientierung. Das Aktivierungspotenzial von Eltern im Prozess der Berufsorientierung – Möglichkeiten und Grenzen. „BO – durchstarten“ – Zentraler Fachtag zur beruflichen Orientierung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg.

17.11.2022

Andreas Koch, Tobias Brändle, René Kalweit, Marcel Reiner: Evaluation des Arbeit-

nehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), Fachveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse, Präsentation der Ergebnisse der Evaluation des AÜG, Berlin.

24.11.2022

Andreas Koch zus. mit Yvette Bodry, René Kalweit, Philipp Kugler, Marcel Reiner und Tobias Scheu: Using Language Models to Analyse Qualitative Data, Workshop „Big-Data-Analysen und neue Entwicklungen in Forschungsdatenzentren“, ZEW Mannheim.

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen
Schaffhausenstraße 73, 72072 Tübingen
Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99
iaw@iaw.edu, <https://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.